

## Da ist mir zu viel Schwarz-Weiß

Linke-Chef Höhn zum Programmentwurf:

Der Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Linken liegt vor. Darin werden unter anderem eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich oder die Verstaatlichung privater Banken gefordert. Die Volksstimme-Redakteure Jens Schmidt und Michael Bock sprachen mit dem sachsenanhaltischen Linke-Landeschef Matthias Höhn über den Programmentwurf.

Volksstimme: Herr Höhn, was halten Sie vom Programmentwurf Ihrer Partei?

Matthias Höhn: Es ist gut, dass wir jetzt einen haben. Nun können wir eine spannende Kontroverse führen, ohne uns dabei die Köpfe einzuschlagen wie in der Personaldiskussion. Eine junge Partei braucht eine lebendige Debatte.

Jedoch kann dieser Entwurf natürlich nicht schon das Endergebnis sein. Ich habe am Sonnabend etwas überspitzt zwei Fragen an den Bundesvorstand gestellt: Warum wählen uns 90 Prozent der Deutschen nicht, wo doch laut Entwurf nur eine kleine Machtelite über einen Rest Entrechteter herrscht? Und: Warum reden wir über Vorhaben der nächsten 20 Jahre, wenn laut Analyse der Programmkommission das System in Kürze zusammenbrechen müsste?

Volksstimme: Der Inhalt taugt also nichts?

Höhn: Doch. Aber: Wir müssen die Gesellschaft differenziert betrachten. In dem Entwurf ist mir zu viel Schwarz-Weiß. Es werden außerdem viele Gewissheiten verkündet. Es wird der Eindruck erweckt, ein verstaatlichter Finanzsektor würde künftig Krisen verhindern. So einfach ist es nicht. Die staatlichen Landesbanken waren ja nicht wirklich besser als die Privatbanken. Nun ist die Verstaatlichung aber nichts völlig Absurdes. Andere Länder zeigen das, ohne dass dort gleich der Sozialismus ausbricht.

Mit einer starren Festlegung auf bestimmte Eigentumsformen lösen wir nur nicht automatisch unsere Probleme. Wir Ostdeutschen haben ja so unsere Erfahrungen mit dem staatlichen Monopol gemacht.

"Das geht an den Realitäten im Osten vorbei."

Volksstimme: Führt staatliches Eigentum zu mehr Gerechtigkeit?

Höhn: Weder führt staatliches Eigentum automatisch zu mehr Gerechtigkeit noch privates Eigentum zu mehr Ungerechtigkeit. Entscheidend ist, wer welche Regeln aufstellt und wer diese kontrolliert. Die Finanzmärkte selber oder die Allgemeinheit durch demokratisch legitimierte Parlamente ?

Ich halte es für wichtig, dass wir uns in der Partei der Eigentumsfrage stellen. Sachsen-Anhalts Linke steht für eine Vielfalt an Eigentumsformen inklusive eines starken privaten Sektors. Und wir treten für klare Regeln am Markt ein, die von demokratisch legitimierten Gremien aufgestellt und auch kontrolliert werden.

Volksstimme: Die Linke im Osten hat meist einen pragmatischen Kurs eingeschlagen. Wie verträgt sich das mit der Forderung nach einer 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich?

Höhn: Gut, denn im Entwurf ist von Stufen die Rede. Zunächst wollen wir die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen, aber wir wollen langfristig schon die Arbeitszeit senken. Wir kommen anders von einem bestimmten Sockel an Arbeitslosen nicht herunter. Es ist daher richtig, die Arbeit auf mehr Menschen zu verteilen statt millionenfach Überstunden anzuhäufen.

Volksstimme: In Ihrem Programmentwurf fordern Sie auch die Möglichkeit politischer Streiks – ist das der Aufruf zur Revolution?

Höhn: Nein. Politische Streiks sind in anderen Ländern lange Normalität. Warum soll es nicht legitim sein, wenn Gewerkschaften die Arbeitnehmer bei so zentralen Fragen wie zum Thema Rente mit 67 zu Streiks aufrufen? Es geht uns darum, dass sich die Leute auch dann engagieren können, wenn es um Themen außerhalb ihres Betriebs oder außerhalb ihrer Branche geht.

Volksstimme: Im Entwurf wird die Auflösung der NATO gefordert. Verbaut die Linke sich da nicht eine Zusammenarbeit mit der SPD?

Höhn: Ob die SPD damit leben kann, ist mir wurscht. Wir schreiben ein Programm für uns.

Volksstimme: Sie streben doch Regierungsverantwortung an – eine Koalition mit der SPD wäre realistisch. Wie glaubwürdig muss das Programm einer Oppositionspartei sein?

Höhn: Glaubwürdigkeit halte ich für äußerst wichtig. Wenn zum Beispiel im Programmentwurf steht, dass wir am Ende einer linken Regierungszeit nicht weniger öffentliche Arbeitsplätze haben dürfen als am Anfang, dann geht das an den Realitäten im Osten vorbei.

In Sachsen-Anhalt werden von 2011 bis 2016 mehr als 4000 Lehrer in den Ruhestand gehen. Auch eine linke Regierung kann das leider nicht voll ausgleichen, einfach weil zu wenig junge Lehrer zur Verfügung stehen werden.

Wir werden ein realistisches Wahlprogramm für 2011 und keinen Wunsch-Dir-Was-Katalog aufstellen. Im Gegensatz zu Herrn Bullerjahn von der SPD werden wir zum Beispiel kein kostenloses Mittagessen für alle Schüler versprechen, nur weil das gut klingt. Wir wollen das Essen in Grundschulen und Kitas bezuschussen, so dass sozial

Schwache maximal einen Euro pro Tag tragen müssen. Das meine ich mit realistisch.

Die Leute wissen doch sehr genau, dass nach einem halben Jahr mit Regierungsbeteiligung der Linken nicht auf einmal Wohlstand und Glückseligkeit ausbrechen. Ehrlichkeit trägt langfristig.

Volksstimme: All das klingt wie der Gegenentwurf zum Bundesprogramm.

Höhn: Wenn Sie das so interpretieren, werde ich es Ihnen nicht ausreden können.

Volksstimme: Wird der Bundes-Entwurf Ihnen im Osten die Beine weg hauen?

Höhn: Es geht nur mittelbar um Ost und West, vielmehr sind es unterschiedliche strategische Ausgangslagen. Wenn die ersten Westverbände in einer Regierung sind, dann werden sie mit den gleichen Problemen wie wir im Osten konfrontiert sein. Und das wird die Programmdebatte beflügeln.

Volksstimme: Regierungsbeteiligung als Realismusschule?

Höhn: Ich muss die westdeutschen Genossinnen und Genossen nicht auf die Schule schicken. Jeder macht seine Erfahrungen. Diese Unterschiedlichkeit in Ost und West müssen wir aushalten. Vielen im Osten ist nach Ruhe in der Partei. Aber ich sage, inhaltliche Debatten sind etwas Gutes, sie machen uns Linke interessant. Wir müssen nur aufhören, uns gegenseitig politische Dummheit vorzuwerfen.